

Kein AnKER-Zentrum durch die Hintertür: Erstaufnahmestelle in Horst schließen – Integration statt Isolation

Das Aufnahmelager Nostorf/Horst bei Boizenburg ist eine Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) für Geflüchtete in Mecklenburg-Vorpommern und wird aktuell noch vom Bundesland Hamburg mitgenutzt.

Die Einrichtung liegt abgeschottet auf einem ehemaligen Kasernengelände in einem Wald. Die Geflüchteten haben keinen ausreichenden Zugang zu unabhängiger Rechtsberatung und ordentlicher medizinischer Versorgung. Die Menschen werden von der Zivilgesellschaft isoliert und bekommen unzureichende Integrations- oder Austauschmöglichkeiten. Kinder haben dort keinen Zugang zur Schule, womit das Land unter anderem gegen die UN-Kinderrechtskonvention und die EU-Aufnahmerichtlinien verstößt. Dagegen finden nahezu täglich Abschiebungen statt. Die Situation in Horst ist auch deswegen unzumutbar, weil Menschen dort bis zu zwei Jahre festgehalten werden können. Viele Geflüchtete beschreiben ihre Zeit dort als verlorene Zeit oder sogar als traumatisierend. Horst erfüllt praktisch annähernd die Kriterien eines AnKER-Zentrums.

Horst wurde 1993 geöffnet, nachdem die damalige Erstaufnahme in Rostock-Lichtenhagen als Reaktion auf die Pogrome geschlossen wurde. Damit sind Geflüchtete bis heute Leidtragende der ausländerfeindlichen Krawalle von 1992, während viele der Täter*innen straffrei ausgingen. Dies empfinden wir als zutiefst beschämend. Es ist höchste Zeit, dass sich hier etwas ändert.

Als GRÜNE stehen wir für eine Asylpolitik, die auf Integration vom ersten Tag setzt. Geflüchtete zur Prüfung ihrer Asylanträge monatelang in einem entlegenen Waldstück abzuschotten, ist für uns daher der völlig falsche Weg. Anfang September hat Hamburg endlich den ersten Schritt getan und ist aus dem Vertrag für die EASt in Horst ausgestiegen. Wir fordern das Land Mecklenburg-Vorpommern auf, es Hamburg gleich zu tun und endlich wieder einen Schritt in Richtung Humanität in seiner Asyl- und Integrationspolitik zu machen.

Während Innenminister Caffier erklärt, das EASt entspricht einem AnKER-Zentrum, kritisiert Ministerpräsidentin Schwesig offen die Entscheidung des Bundesinnenministers diese einzuführen. Diese Manöver sind nur Nebelkerzen, mit

denen die Landesregierung versucht, sowohl auf der linken, als auch der rechten Seite Stimmen zu fischen. In der Realität jedoch wird das immer gleiche Konzept nur unter neuem Namen umgesetzt: Lagerhaltung. Egal ob die Lager ZASt, EAE, LGU, Transit- oder AnKER-Zentrum heißen. In den Lagern werden Menschen kaserniert und entmündigt. Sie werden ihrer Würde und zum Teil ihrer Rechte beraubt.

Wir fordern die baldmögliche Schließung der EASt in Horst und die Suche nach einem geeigneten Standort für eine Erstaufnahme im städtischen Raum. Nur so kann ein ausreichender Zugang zu Bildung, medizinischer Versorgung und Beratung gewährleistet werden. Nur so kann auch die Zivilgesellschaft die Geflüchteten effektiv unterstützen und damit eine Grundlage für gelungene Integration schaffen. Isolation kann hingegen nie ein guter Beginn für ein gesellschaftliches Miteinander sein.

Zudem unterstützt BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern deshalb die Kampagne #NichtMeineLager und ruft zur breiten Beteiligung auf.